

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 60 (1966)
Heft: 6

Artikel: Indien : Ein armseliges Beispiel von Demokratie
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141144>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dende Bedingungen einlassen, ohne eine Garantie – ein Versprechen eurerseits zum Beispiel, daß ihr euer Haus nicht rot streicht oder eure Familie zu eng vereinigt – sie mögen dergleichen nicht.»

Dies ist ins Persönliche übersetzt, die fast unglaubliche, aber wirkliche Lage in Vietnam.

Kein Land hat je Gesetze oder auch nur Bräuche gehabt, die solche «Vermittlung» anerkennen und den Gangstern erlauben würden, über das Ende der Aggression, die Verteilung des Besitzes und sogar das Schicksal des Opfers zu «verhandeln».

Wir können nur staunen, daß, mit Ausnahme vom Frankreich General de Gaulles, die westlichen Mächte und sogar der Vatikan sich mit der Rückkehr zu einer Politik der Höhlenmenschen abfinden. Sie sind durchaus bereit, Vietnam «den Frieden zu bringen», und die amerikanischen Angreifer mit den Angegriffenen – die Imperialisten mit den Vietnamesen, den Eigentümern des Landes – auf die gleiche Stufe zu stellen. Kambodscha und Vietnam mögen einander nicht groß vertrauen, sie stimmen aber überein in einem Punkt: Frieden, ja, aber nicht Frieden zu jedem Preis, nicht auf Kosten der Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit des Landes.

Aber es ist höchste Zeit, der Tragödie von Vietnam ein Ende zu machen, um der Ehre der Menschheit willen.

Aus «The Beacon», Melbourne, Mai 1966

Indien: Ein armseliges Beispiel von Demokratie

Wir möchten beileibe nicht die romantische Schönfärberei der indischen Ministerpräsidentin, Frau Indira Gandhi, anlässlich ihres Besuches in Washington, zerstören, aber wenn man es mit der Wahrheit genau nimmt, muß doch gesagt werden, daß Asiens größtes «Bollwerk der Demokratie» (Indien) gerade in bezug auf Demokratie sehr schlecht abschneidet, wenn wir es mit seinem und unserem großen Rivalen China vergleichen.

China brachte es fertig, sich nach schrecklichen Jahren der Dürre aus eigenen Kräften wieder aufzufangen, ohne amerikanische oder russische Hilfe. Strenge Rationierung verhinderte die Hungersnot. Peking hat sogar ein eigenes kleines Hilfsprogramm an Fremdstaaten möglich gemacht. Es stellte die Atombombe her und leistete beträchtliche Entwicklungsarbeit. Der gegenwärtigen Ernährungskrise Indiens wie jeder anderen, an die wir uns erinnern können, bis zu jener im Zweiten Weltkrieg, lag ein Hauptumstand zugrunde, nämlich die Unfähigkeit der Inder, ihre eigenen Spekulanten und Lebensmittelhamster in Schranken zu halten. Hinter der Fassade einer Demokratie geschäftet in Indien eine orientalisch kapitalistisch eingestellte Klasse von Händlern und Wucherern, die es sich inmitten von menschlichem Schmutz und Elend, von dem sie profitieren, sehr wohl sein läßt. Es ist eine bedenkliche Illusion, zu glauben, daß diese überholte, schlecht organisierte und der Verwesung anheimfallende Gesellschaft Asien ein Beispiel der Demokratie geben kann. Indien kann im Gegenteil die Demokratie

in den Augen einer jungen Generation, die nicht länger gesonnen ist, sich mit alten Übeln und ständigem Hunger abzufinden, höchstens diskreditieren.
I. F. Stone's «Weekly», 11. April 1966

Indien und China – ein Vergleich

Es gingen in diesen Wochen zwei Nachrichten durch die Presse, die in seltsamer Weise kontrastierten. Die eine betraf Indien, die andere China.

Die Nachricht über Indien besagte, daß mehr als 10 Millionen durch den Hungertod bedroht seien und daß sich ihre Zahl möglicherweise in den nächsten Monaten auf 100 Millionen erhöhen könne, wenn keine Zufuhr von Nahrungsmitteln erfolge. Der Generalsekretär der UNO, U Thant, hatte sich daher an sämtliche Regierungen der Erde mit der Bitte gewandt, Indien zu helfen.

Genau zur gleichen Zeit verbreitete die «Associated Press» (eine Presseagentur, die nicht im Verdacht der Kommunistenfreundlichkeit steht) eine Nachricht aus Hongkong (einer Stadt, die für ihre antikommunistischen Meldungen bekannt ist), daß «China nicht mehr zu hungern brauche». Die Hungerkatastrophen in China, denen in vergangenen Jahrzehnten 5 bis 15 Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind, gehörten der Geschichte an. Zu dem gleichen Ergebnis kam, wie die «New York Times» vom 11. Februar berichtet, eine «Gruppe internationaler Experten, die in den Räumen der Universität von Chicago konferierten».

Die Nachrichten über Indien und China illustrieren in dramatischer Weise die Grundsituation unserer Zeit. Auf der einen Seite die «freie Welt», in der die Regierungen unterentwickelter Länder, trotz aller Unterstützungen, die sie von fremden Regierungen erhalten, unfähig sind, ihre Bevölkerung zu ernähren, und auf der anderen Seite die «unfreie» Welt, die die Ernährungsfrage in so endgültiger Weise gelöst hat, daß dies selbst von der feindlichen Presse nicht mehr bestritten werden kann. (Der Einwand, daß «ja auch China Weizen importieren» müsse, ist hinfällig, da China, erstens, für diese Importe zahlt – was Indien ohne Anleihen nicht kann – und, zweitens, diese Weizenimporte nur 3 bis 4 Prozent der benötigten Nahrungsmittel betragen und also im Notfall fortfallen könnten, ohne die Ernährung der Bevölkerung zu gefährden.)

Der Kontrast zwischen der Entwicklung, die beide Länder genommen haben, wird noch deutlicher durch die beiden Fakten, daß die Bevölkerung Chinas die Indiens um rund 200 Millionen übersteigt und China seine Freiheit zwei Jahre später als Indien erlangt hat. Mit anderen Worten: China ist fähig gewesen, das Ernährungsproblem für 670 Millionen in 17 Jahren zu lösen, während Indien, mit einer Bevölkerung von nur 470 Millionen, diese Frage in 19 Jahren nicht lösen konnte.

Es gibt kaum zwei politische Fakten in unserer Zeit, die eine so deutliche Sprache reden. Jeder, der nicht ideologisch vernagelt ist, muß zu dem